

blick nach rechts

G 13861

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 14. Jahrgang Nr. 03 4. Februar 1997

→ **Gegen „Anti-Deutschen-Hetze“** Seite 4

Die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-44“ ist für die deutsche Rechte unerträglich. Bundesweit mobilisiert sie zur Zeit ihren Protest gegen diese „Fälschungen und Verleumdungen“.

→ **Retter der deutschen Sprache** Seite 6

Unter die Gegner der Rechtschreibreform haben sich jede Menge ultrarechter Trittbrettfahrer gemischt.

→ **Einreiseverbot für die USA** Seite 8

Die Greuel in der Zeit des japanischen Faschismus und der Okkupation sind bis heute ein düsteres Kapitel unbewältigter Vergangenheit. Das Washingtoner Justizministerium hat jetzt 16 Japaner, die grauenhafter Verbrechen beschuldigt werden, zu unerwünschten Personen erklärt.

→ **In den Schlagzeilen** Seite 9

Der „Offene Brief an Bundeskanzler Kohl“ war für Scientology wieder einmal ein gelungener PR-Streich. Selbstredend spielen hier auch kommerzielle Interessen eine Rolle.

Tagebuch Seite 13

Nur im Abo. 14tägig zum Preis von DM 117,- jährl. zzgl. MwSt. und Versand
Vorwärts Verlag, Wilhelmstr. 140, 10963 Berlin
Telefon 030/25 99 16 41, Fax 25 99 16 54

KOMMENTAR

Die Lehre von Auschwitz

Der Holocaust-Gedenktag, vom Bundespräsidenten auf den 27. Januar festgelegt, den Tag, an dem 1945 die Rote Armee das Vernichtungslager Auschwitz befreit hatte, liegt zum zweiten Mal hinter uns Deutschen. Das soll nicht meinen, man sei auf ein Jahr vom Thema nun wieder verschont. Das wird, zum Glück, nicht der Fall sein, würde es doch dem falschen Eindruck Vorschub leisten, wir Deutschen seien mit unserer Vergangenheit im Reinen.

Wie wenig wir es sind, wurde schon bald nach dem Gedenktag deutlich, als ein Nachrichtenmagazin, bestätigt vom Bundesarbeitsministerium, uns wissen ließ, daß vermutlich mehrere zehntausend Kriegsverbrecher wegen ihrer Kriegsbeschädigung eine Sonderrente beziehen. Die Bundesregierung teilte auf Befragen mit, wegen des verfassungsrechtlichen Rückwirkungsverbots sei es nicht möglich, dies zu korrigieren. Eine wunderliche, zudem falsche Rechtsargumentation. Denn am selben Tage wurde die nach der Wiedervereinigung beschlossene Regelung für zulässig erklärt, daß eine DDR-Rente für Opfer des Nationalsozialismus nicht fortgezahlt werden muß. Ein Vorurteil wird somit bestätigt, daß es in dieser Republik den Stützen des NS-Regimes immer leicht fiel, Verständnis zu finden. Nicht minder empörend ist es, wie am Holocaust-Gedenktag zurecht beklagt wurde, daß immer noch die Opfer der Vernichtungslager, die ihren Wohnsitz außerhalb Deutschlands haben, auf Entschädigung warten. So erfuhren wir von der Klage der 22 Zwangsarbeiterinnen, die in Auschwitz für die Firma Union Granaten drehen durften. Die SS hatte für den Arbeitsverleih kassiert, 1,23 Reichsmark pro Kopf. Union verkaufte dem Deutschen Reich die in Zwangsarbeit gefertigte Munition und kassierte nach dem „Verlust“ des Werkes von der Bundesrepublik Deutschland, Nachfolgerin des Deutschen Reiches, eine Entschädigung von 2,5 Millionen Deutscher Mark. Den geschundenen Opfern wurde die Entschädigung versagt.

So lange wir es nicht schaffen, mit diesen Folgen des Holocaust fertig zu werden, wird es uns kaum gelingen, zur Normalität zu kommen. Die aber sind wir den jungen Deutschen schuldig, denen es kaum zu vermitteln ist, was sie mit den Folgen des Nazi-Regimes zu tun haben: Ihnen müssen wir die Lehre mitgeben, die es für die Zukunft aus dem Ungeheuerlichen zu ziehen gilt. Es machte Sinn, daß der Deutsche Bundestag seine Gedenkstunde unter dieses Motto gestellt hat. Es war ein Gewinn, daß er zudem in Klaus von Dohnanyi einen Redner gefunden hatte, der aus der persönlichen Opferrolle einem Tätervolk zu vermitteln mochte, wie man aus der Last der Vergangenheit ein Vermächtnis macht. Denn das ist unsere einzige Chance: wir können sie weder durch Schlußstriche „bewältigen“, noch sie unter einer monumentalen Grabplatte beerdigen.

Am Holocaust-Gedenktag war die Gelegenheit sich zu vergegenwärtigen und jungen Menschen als Mahnung zu vermitteln, wie leicht Menschen zu willigen Vollstreckern wurden. Die frenetische Zustimmung, die Goebbels in jener legendären Sportpalastveranstaltung zum „totalen Krieg“ erfuhr, zu einem Zeitpunkt, als der Krieg bereits verloren war, ließen nichts von Zwang erkennen - auch diese Bilder liefen gerade wieder über die Fernsehschirme. Der Jubel im Sportpalast war das Echo auf den Jubel am Tag der Machtergreifung 1933.

Damit Menschen nicht in dieser Weise in Unrecht verstrickt werden, ist es richtig, denen, die nicht schuldig sind, ihre Verantwortung für die Schuld ihres Volkes zu vermitteln. Sie sind dagegen zu wappnen, daß ihnen oder ihren Nachkommen ein Schicksal beschieden ist, welches den Eltern und Großeltern widerfuhr. Dies ist wiederum, wie es beispielsweise Elie Wiesel immer wieder betont, eine Lehre, die nicht nur wir Deutschen zu ziehen haben. Unrecht, Folter und Gewalt scheint, leider, zum Alltag der Welt zu gehören. Insofern zeigt sich die Lehre von Auschwitz längst nicht gezogen. Und deshalb ist es gut, daß wir diesen Gedenktag haben.

Klaus-Henning Rosen

Deutsch-dänisch-britische Connection:

Versandhandel mit Sprengkraft

Seitdem der US-Neonazi Gary Rex Lauck inhaftiert und damit sein NSDAP/AO-Propagandamaterial-Vertrieb zum Stillstand gekommen ist, gilt die dänische Versandhandlung „NS 88“ als die wichtigste Bezugsadresse für nationalsozialistisch schlagende Herzen in Westeuropa.

Mitte Januar wurde von dort aus eine Werbe-Broschüre für Nazi-Devotionalien verschickt, die ihresgleichen sucht; im Angebot: SS-Silberringe, Bücher wie Adolf Hitler „Mein Kampf“, Heinrich Himmlers „Die Schutztafel als antibolschewistische Kampforganisation“, Feuerzeuge mit Hakenkreuz und Wolfsangel, SS-Wiking-Gürtelschnalle, Fahnen mit keltischem Kreuz („Kampffahne“ von Ian Stuarts „Blood & Honour Bewegung“), T-Shirts mit Aufdrucken wie „White Revolution Now!“, CDs („Skrewdriver“), die gesamten existierenden Kriegswochenschauen (über 60 Stunden Spielzeit) zum Preis von 450 Mark ... Absender der Broschüre ist eine Postfachadresse von „Wiking Productions“ im schwedischen Stockholm. Diese zählt zum Netzwerk der vom dänischen Hillerød aus operierenden und 1994 gegründeten Versandhandlung „NS 88“ (die Zahl acht steht für den achten Buchstaben im Alphabet: 88 = Heil Hitler).

Doch der florierende braune Vertrieb ist am 18. Januar massiv gestört worden. In Dänemark wurden mehrere dänische Neonazis im Alter von 20 bis 26 Jahren, die beim Bau von Briefbomben beteiligt gewesen sein sollen, verhaftet. Bei der Verhaftung des Neonazis Thomas Derry Nakaba (26), der vom schwedischen Malmö aus Briefbomben an Adressaten in London verschickte, wurde ein Polizeibeamter durch Schüsse des Neonazis verletzt. Als Absender der Briefbomben war die Adresse der schwedischen NS-Postille „Nordland“ angegeben. Dies zumindest behauptet der 26jährige George Burdi (alias George Eric Hawthorne), der im US-amerikanischen Detroit regelmäßig seinen braunen Rundbrief „Resistance Records Electronic Newsletter“ ins INTERNET einspeist. „Nordland“-Redaktionsmitglied ist der Schwede Christopher Rangne, der Kontakte zur „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene“ (HNG), einer bundesdeutschen Neonazi-Knastorganisation, unterhält. Mittlerweile sind fünf Neo-

nazis in Kopenhagen in Untersuchungshaft genommen worden.

Brauner Drahtzieher?

Im Rahmen ihrer Ermittlungen stieß die dänische Polizei auf Marco Schilf, Aktivist der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei/Auslands- u. Aufbauorganisation“ (NSDAP/AO), und führender Kopf von „NS 88“, 1973 in Brandenburg geboren. Schilf, mittlerweile dänischer Staatsbürger, pflegt heute noch enge Kontakte zu Gesinnungskameraden in Brandenburg. In Dänemark avancierte Schilf zu einem Kader der DNSB; zeitweilig betreute er auch das Telefon im Hauptquartier (genannt: „SA-Heim“) der „Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung“ (DNSB) in Greve. Auf Schilf war die Polizei schon 1992 aufmerksam geworden, als am 16. März eine Briefbombe den 29-jährigen Antifaschisten Henrik Christensen in Dänemark getötet hatte. Am Tag darauf wurden bei einer Hausdurchsuchung bei Schilf Bombenutensilien gefunden. 1994 trafen sich am 10. Juni deutsche, schwedische und dänische Skins zu einem „White Power Konzert“ in einem Vorort von Kopenhagen; die Anlaufadresse bildete die Wohnung von Schilf in Birkerød, 20 km von Kopenhagen. 1995 war Schilf einer der Organisatoren des Rudolf Heß-Gedenkmarsches im dänischen Roskilde. Als Treffpunkt diente das DNSB-Hauptquartier; eingelassen wurden vom deutschen „Türsteher“ Christian Worch („Nationale Liste“) nur „gesichtsbekannte“ Kameraden; darunter: Friedhelm Busse, Ex-Führer der zwischenzeitlich verbotenen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ >FAP<.

Enge Verbindung pflegt Schilf zu der von internen Krisen geschüttelten Neonazi-Truppe „Combat 18“ (die Zahlen stehen für den ersten und den achten Buchstaben im Alphabet: den Initialen Adolf Hitlers) in England. Nach Informationen der antifaschistischen Zeitschrift „Searchlight“ wurde David „Charlie“ Sargent, bisher Kopf von „Combat 18“, deren Anti-Antifa-Konzeption von bundesdeutschen Neonazis (u.a. Christian Worch) übernommen wurde, aus seiner Organisation hinausgeworfen. „Combat 18“ soll unbestätigten Meldungen zufolge Auftraggeber der Briefbombenaktion, die an schwarze Sportler in England gerichtet war, sein.

Schilf, der sich am 20. Januar der Polizei stellte und aus unerfindlichen Gründen wieder laufen gelassen wurde, steht nun auf der Fahndungsliste von Interpol.

Anton Maegerle

„Anti-deutsche Hetze“

Rechtsextremisten machen bundesweit mobil gegen eine Ausstellung, die die Verbrechen der Wehrmacht dokumentiert

Seit nun beinahe zwei Jahren tingelt die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-44“ des „Hamburger Instituts für Sozialforschung“ durch deutsche und österreichische Städte. Erstmals wurde die Ausstellung im März 1995 der Öffentlichkeit präsentiert. Über 120.000 Menschen in 14 Städten haben sie bisher besichtigt. Derzeit ist sie noch bis 16. Februar in den Räumen des Badischen Kunstvereins in Karlsruhe zu sehen; danach geht es weiter nach München.

In drei Fallstudien dokumentiert die Ausstellung die Verstrickung der deutschen Wehrmacht in Verbrechen (aktive Rolle beim Holocaust, an der Ausraubung der besetzten Gebiete, beim Massenmord an der Zivilbevölkerung und an der Vernichtung sowjetischer Kriegsgefangener): die ersten Monate des Partisanenkrieges in Serbien, der Vormarsch der 6. Armee durch die Ukraine in Richtung Stalin-grad und die drei Jahre dauernde Besetzung Weißrußlands.

Die Eröffnung der Dokumentation „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-44“ am 10. Januar in Karlsruhe war, wie auch in anderen Städten zuvor, von Protesten ultrarechter bis neonazistischer Ausstellungsgegner begleitet. Rund 30 Demonstranten, darunter Mitglieder und Aktivisten der „Republikaner“, der NPD und deren Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) verkündeten ihre Gegnerschaft. Für die JN hieß das Motto dabei: „Der deutsche Soldat: Ehrlich, anständig, treu! - Schluß mit der antideutschen Hetze!“. Der baden-württembergische JN-Landesvorsitzende Michael Wendland, zugleich NPD-Bundesvorstandsmitglied, betonte, daß Nationaldemokraten auch an allen weiteren Ausstellungsorten (bis Ende 1998) aufmarschieren würden. Eine entsprechende Erklärung von Wendland wurde tags darauf auch von Thomas Hetzer (Sysop der Widerstand BSB in Erlangen) im neonationalsozialistischen Thule-Mailboxnetz veröffentlicht.

Maßgeblich beteiligt in der bundesweit betriebenen Agitation gegen die Wehrmachts-Schau ist die im baden-württembergischen Stuttgart ansässige „Arbeitsgemeinschaft für Kameradenwerke und Traditionsverbände e.V.“. Erarbeitet hat diese u.a. eine „Aufklärungsschrift“ (diese „entlarvt“ den „linksextremen politischen Standort der Veranstalter und ihrer Hintermänner und damit die Zielrichtung ihrer Desinformationspolitik nach altsowjetischem Muster“) sowie einen 2seitigen „Maßnahmen“-Katalog gegen die Ausstellung. Demnach sollen alle noch stattfindenden Termine „gezielt und systematisch beobachtet und mit sachlich-wirksamer Kritik begleitet werden“. Dazu zählt u.a. das Verteilen von entsprechendem Propagandamaterial an ausgesuchte Medienvertreter und geneigte Politiker. Dem Papier ist auch zu entnehmen, daß sich in Bonn ein „Arbeitskreis von Historikern und ehemaligen Soldaten“ mit der Herausgabe eines Buches mit dem Arbeitstitel „Wahrheit für die Soldaten der Wehrmacht“ beschäftigt. In Planung ist ein von den Verbänden der Kriegsgeneration auszurichtendes öffentliches Gesprächs-Forum zum Thema „Wahrheit über die Wehrmacht“ an dem „ausgesuchte Zeitzeugen und Historiker“ vor „eingeladenen Gästen der Medien“ zu Wort kommen sollen.

„Sowjetkommunistische Agitation“

An entsprechendem Propagandamaterial hält die „Arbeitsgemeinschaft für Kameradenwerke und Traditionsverbände e.V.“ (Organ: „Alte Kameraden“; Autor ist u.a. der Revisionist Alfred Schickel) u.a. ein von ihr in Auftrag gegebenes „Gutachten“ zur Ausstellung von Hartmut Schustereit und eine „Streitschrift“ mit dem Titel „Wider den Mißbrauch der Geschichte deutscher Soldaten zu politischen Zwecken“ von Rüdiger Proske vorrätig. Geworben wird für die 100 Seiten umfassende Proske-Schrift vom „Grabert-Verlag, der „Jungen Freiheit“, „Nation+Europa“, dem „Freiwilligen“, „Witiko-Brief“ und den österreichischen Postillen „Fakten“ und „Eckartbote“. Das „Gutachten“ von Schustereit, einst Mitarbeiter beim „Militärgeschichtlichen Forschungsamt“ in Freiburg, wird auch per Anzeige in „Nation+Europa“ von der rechtsextremen „Österreichischen Landsmannschaft“ (Sitz: Wien) angeboten und folgendermaßen angepriesen: „Der Militärhistoriker hat im Auftrag bundesdeutscher Traditionsverbände eine korrigierende Darstellung verfaßt; er kritisiert wissenschaftlich einwandfrei und unwiderleg-

bar, was die formale, sprachliche wie auch die inhaltliche Ebene der Fälschungen und Verleumdungen betrifft.“

Eng verbandelt ist die „Österreichische Landsmannschaft“ mit dem „Österreichischen Arbeitskreis für Kultur und Geschichte“ (identischer Sitz und Telefonnummer). Dieser teilte seinem Adressatenkreis anlässlich der Ausstellungseröffnung in Karlsruhe mit, das Schustereit-Gutachten würde nachweisen, daß die Ausstellung „durch reißerische und verleumderische Ausdrucksweise, häufig im Vokabular sowjetisch-kommunistischer Agitation und Propaganda“ gekennzeichnet sei.

Am häufigsten zitiert Schustereit in seiner 35seitigen Zusammenstellung Werke von Joachim Hoffmann, Wissenschaftlicher Direktor a.D. im „Militärgeschichtlichen Forschungsamt“, der im Juni vergangenen Jahres als sachverständiger Zeuge für Wigbert Grabert (Verleger) beim Tübinger Revisionismus-Prozeß aufgetreten war. Dort bezeichnete er das holocaustleugnende Machwerk „Grundlagen zur Zeitgeschichte“ von Gernar Scheerer als „notwendiges Sachbuch mit wissenschaftlichem Anspruch“. Ganz im Sinne der Verteidigung (Thor von Waldstein) betonte Hoffmann, daß „man alles in Frage stellen muß“ und Kritik an sowie das Herunterrechnen der Zahl der Ermordeten, „etwas völlig Legitimes“ sei. Selbst Zeugenaussagen von Überlebenden des Holocaust stellte Hoffmann, der zum Kreis führender Vertreter der „Präventivschlagthese“, wonach Hitler mit dem Überfall auf die Sowjetunion einem drohenden Angriff Stalins nur zuvorgekommen sei, zur Disposition. Daneben ist er als Autor im revanchistischen „Ostpreußenblatt“, Interviewpartner der „Jungen Freiheit“ und Preisträger der „Ehrengabe für Zeitgeschichtsforschung“ der „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt“ (ZFI) bekannt.

„Die Wahrheit über die Wehrmacht“

Mobilisiert wurde gegen die Ausstellungseröffnung in Karlsruhe auch durch den selbsternannten Einigungspropheten des ultranationalistischen Lagers, Alfred Mechttersheimer. Dieser machte die Leser/innen seiner Blätter „Frieden 2000“ und „Pressespiegel“ in den Post-Leitregionen 75,76,77 auf den „Stillen Protest gegen die >Anti-Wehrmacht-Ausstellung< eines „Bündnisses 97“ aufmerksam. In einem Flugblatt des „Bündnisses“ wird die Ausstellung als „Wanderzirkus“ diffamiert.

Verantwortlich für das Flugblatt ist ein „gez. Wick“ aufgeführt. Offen muß bleiben, ob es sich hierbei um Andreas-Gregor Wick handelt, der zum Jahresende 1995 den Bezug der „Jungen Freiheit“ kündigte, da diese nach seiner Auffassung politisch „völlig eingeknickt“ sei; eben nicht mehr rechts genug. Wick zeichnete zu Beginn der 90er Jahre verantwortlich für Einladungen des „Konservativen Gesprächskreises Karlsruhe“ (später: „Literaturkreis Baden e.V.“, dann: „Karlsruher Freitagsgespräche. Studentische Bildungsinitiative im Badener Land“) und ist mehrfacher Kongreßteilnehmer des „Studienzentrums Weikersheim“.

Auch am nächsten Ausstellungsort (ab 24. Februar 1997) in der bayerischen Hauptstadt München, regt sich heftiger Widerstand. Dort hat Manfred Brunner, Bundesvorsitzender des rechtspopulistischen „Bundes Freier Bürger“ (BFB), in seiner Eigenschaft als Münchner Stadtrat, die Absetzung der im dortigen Stadtmuseum geplanten Wehrmacht-Ausstellung gefordert. Berichtet wurde darüber u.a. in der revanchistischen Wochenzeitung „Das Ostpreußenblatt“.

Nach München werden die nächsten Stationen der Ausstellung Frankfurt, Bremen, Koblenz, Marburg und Konstanz sein.

Anton Maegerle

Grüne Parlaments-Initiativen

Bonn - Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen hat eine Materialsammlung über ihre Aktivitäten der vergangenen zwei Jahre zum Thema Rechtsextremismus herausgegeben. Dokumentiert sind darin Parlamentarische Initiativen und Pressemitteilungen der Bündnisgrünen zu verschiedenen Aspekten des Rechtsextremismus sowie die Antworten der Bundesregierung. Nach Ansicht der Bündnisgrünen-Abgeordneten Annelie Buntenbach läßt es die Bundesregierung an „Distanz zu rechtsextrem beeinflussten Gruppierungen“ fehlen, so die Parlamentarierin im Vorwort der Materialsammlung. Die 120seitige Broschüre mit dem Titel „Nicht Neo und Nicht Neu“ kann gegen eine Schutzgebühr in Höhe von DM 5,— zuzüglich DM 1,50 Versandkosten bestellt werden bei: Bündnis 90/Die Grünen, Bundestagsfraktion, Deutscher Bundestag, 10870 Berlin.

Ultrarechte Reformgegner: **Gralshüter der Sprache**

Wieder einmal hat scheinbar ein populistisches Thema Rechtsextreme auf den Plan gerufen: Die deutsche Rechte hat die deutsche Sprache entdeckt! Im Zuge der von der Kultusministerkonferenz beschlossenen Rechtschreibreform formierte sich in Schleswig-Holstein die sogenannte „Volksinitiative“ mit dem Namen „Wir gegen die Rechtschreibreform“. Fast flächendeckend wurde das nördlichste Bundesland über Tageszeitungen mit einer nicht billigen Anzeigenkampagne „versorgt“, in der zu einer Unterschriftenaktion gegen die Rechtschreibreform aufgerufen wurde. Die Initiatoren brachten es nach eigenen Angaben auf über 66.000 Unterschriften, mit denen sie einen Volksentscheid zu dieser Frage erreichen wollen. Doch wer verbirgt sich hinter den „Machern“ von „Wir gegen die Rechtschreibreform“?

Mit Detlef Lindenthal wurde jetzt einer der Köpfe als „Rechtsaußen“ geoutet, der dann auch prompt seinen Rückzug erklärt hat, „um die Volksinitiative zur Rechtschreibfrage nicht zu belasten“, wie er sich ausdrückte. Lindenthal (45), Drucker und Schriftsetzer aus dem nordfriesischen Hattstedt, gab zu, 1992 für ein halbes Jahr in dem russischen Dorf Jasnajapoljana (Trakehnen) tätig gewesen zu sein. Ein Teil seiner Reisekosten sei dabei vom rechtsextremistischen Kieler Verleger Dietmar Munier getragen worden, wie Lindenthal einräumte. Seine Arbeit in Trakehnen, wo Munier sich wie überhaupt in der Enklave um Kaliningrad (Königsberg) intensiv in Sachen Germanisierung engagiert, bezeichnete Lindenthal als „Aufbauhelfer“.

Aufgedeckt wurde jetzt auch, daß Lindenthal auf seinem Grundstück Vermieter der Druckerei Petersen ist, die die Neonazi-Postille „Sleipnir“ aus Berlin druckt. Die Gazette wird vom Verlag der Freunde herausgegeben. Sie verbreitet Antisemitismus „pur“. Laut Verfassungsschutzbericht von 1995 halten Autoren der Schrift die massenhafte Vernichtung von Juden in Auschwitz für eine „reine Glaubensfrage und für ein Mittel des jüdischen Weltgeistes zur Weltherrschaft.“ Druckereibetreiber Petersen ist angeblich Bekenner der rechtslastigen Sekte „Artamanen“. Lindenthal rechtfertigte sich damit, daß er keine Handhabe besitzt, was in den von ihm vermieteten Räumlichkeiten ge-

schehe. 1996 kam es dort zu zwei Durchsuchungsaktionen im Auftrag der Staatsanwaltschaft Berlin.

Ein weiterer Initiator von „Wir gegen die Rechtschreibreform“ ist der in Kiel und Berlin dozierende Philosophieprofessor Wolfgang Deppert. Dieser ist führender Kopf bei der „Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft“, die es in der Vergangenheit trotz ihres „Saubermann“-Images gegenüber der öffentlichen Meinung nicht an rechtslastigen Aktivitäten fehlen ließ. Gerade auch in Schleswig-Holstein gab es diesbezüglich dubiose Vortragsveranstaltungen, Seminare und Sonnenwendfeiern, abgesehen davon, daß Anfang der 80er Jahre Mitglieder der „Kieler Liste für Ausländerbegrenzung“ aktiv bei den „Unitariern“ wirkten.

Deppert räumte auf Befragung ein, daß eine Menge rechtsgerichteter Trittbrettfahrer offenkundig Interesse haben, sich über dieses Thema (Rechtschreibreform) zu profilieren. Dies würde eine Reihe von Zuschriften zeigen, die er zu der Gelegenheit erhalten habe. Vielleicht sieht sich auch Helmut Brückmann (wohnhaft nahe Satrup/Kreis Schleswig-Flensburg) bei den Rettern der bestehenden Rechtschreibung, hatte es ihm die deutsche Sprache doch bereits 1988 angetan, als der Aktivist beim „Bund für Gotterkenntnis“ (Ludendorffer) mit Vorträgen wie „Sprachpflege - eine Hilfe zur Volkserhaltung“ oder „Sprachzerstörung ist Volkszerstörung“ durch die Republik reiste. Soll heißen: Ganz so neu ist das Thema deutsche Sprache bei den Rechtsextremisten nun doch nicht. Von der „Deutschen Wochenzeitung“ von Verleger Gerhard Frey (DVU) bis hin zum neonazistischen Mailboxnetz Thule wird eine Lanze für die deutsche Sprache gebrochen (siehe BNR 22/96).

Horst Freires

PERSONALIE

Dachau/München - Barbara Distel, seit 20 Jahren Leiterin der KZ-Gedenkstätte Dachau, ist mit einem hohen Verdienstorden der Republik Frankreich ausgezeichnet worden. Auf Vorschlag des Internationalen Dachau-Komitees wurde Barbara Distel für ihren Beitrag zur deutsch-französischen Aussöhnung und ihren Einsatz für die KZ-Überlebenden und die Erinnerungsarbeit der silberne Ritterorden „Chevalier dans L'Ordre national du Mérite“ verliehen. Die Ehrung fand am 23. Januar in der Münchner Residenz des französischen Generalkonsuls statt.

Initiative für inhaftierten
Gesinnungskameraden:**Braune
Solidarität**

Die „Nationale Initiative >Freiheit für Gottfried Küssel<“, ein loser Zusammenschluß einst führender Neonazi-Kader, plant für kommenden März eine „Großkundgebung mit anschließender Saalveranstaltung“. Anlaß ist die Verbüßung der ersten fünf Jahre von Gottfried Küssels Haftstrafe. Der österreichische Neonazi, der kläglich in seiner Rolle als Möchtegern-Nachfolger des 1991 verstorbenen Medienshowstars Michael Kühnen gescheitert war, wurde im Dezember 1995 zu 11 Jahren Haft wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung (Gründung der „Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition“ >VAPO<) verurteilt. Mittels regelmäßiger Leserbriefe in den Mitteilungen des österreichischen „Forums für ein humanes und demokratisches Strafrecht und zur Einhaltung der Menschenrechte“ (FSM; A-Mödling) und den Nachrichten der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene“ (HNG), der bedeutendsten Knastorganisation für inhaftierte Rechtsextremisten, sorgt Küssel selbst dafür, daß er in der braunen Szene im deutschsprachigen Raum nicht vergessen wird.

In dem Aufruf der „Nationalen Initiative“ werden die „in Freiheit befindlichen Kameradinnen und Kameraden“ aufgefordert, auf Küssels „einmaliges Verfolgungsschicksal aufmerksam zu machen und das nicht nur im Kameradenkreis, sondern auch gegenüber der Öffentlichkeit.“

Sprecher der „Nationalen Initiative >Freiheit für Gottfried Küssel<“ ist der einstige Kühnen-Adlatus, der abgehalfterte Polit-Kasper Thomas Brehl, den die „Staatsschutzkammer des Frankfurter Landgerichtes im April 1992 wegen Rädelsführerschaft in einer verbotenen neonazistischen Vereinigung („Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ >GdNF<) zu einem Jahr Haft mit Bewährung verurteilt hatte. Brehl machte zuletzt mit einer „hervorragenden“ Broschüre (so das „Nationale Infotelefon Rheinland“ >NIT<) namens „Briefe wider den Zeitgeist“ auf sich aufmerksam. Zuvor erklärte er sich in einem von ihm verfaßten und an die Redaktionen rechtsextremer Blätter (u.a. „Freie Stimme“) verschickten Schreiben mit Gary Lauck (NSDAP/AO) solidarisch, der von

„unbekannten SS-Männern“ in einem Szene-Schreiben kritisch hinterfragt wurde.

„Eine Herzensangelegenheit“

Gegründet wurde die „Nationale Initiative >Freiheit für Gottfried Küssel<“ (Devise: „Nicht nur von Kameradschaft reden, sondern sie auch praktizieren.“) am 9. Oktober 1993 im hessischen Langen. Beteiligt waren laut „Neuer Front“, Organ der GdNF, hessische und nordrhein-westfälische „Kameraden“. Als „Ziel der Initiative“ wurde großmaulig bestimmt, „weite Kreise der Bevölkerung auf das Schicksal des Kameraden Küssel, sowie das skandalöse Terrorurteil gegen ihn aufmerksam zu machen; das opportunistische Schweigen der Medien muß gebrochen werden!“ Festgehalten wurde in dem Gründungspapier, daß das „Eintreten“ für Küssel „jedem nationalen Kämpfer eine Herzensangelegenheit zu sein“ habe; „Gruppenegoismen müssen angesichts der heute herrschenden Verfolgungen gegen jeden Nationalisten endlich zurückgestellt werden!“.

Postalisch ist die „Initiative“ über Frank Hübner, den ehemaligen Vorsitzenden der verbotenen Neonazi-Truppe „Deutsche Alternative“ (DA), erreichbar. Hübner war im vergangenen Jahr wegen der mutmaßlichen Beteiligung an der Planung eines Auftragsmords bundesweit ins Visier der Medien geraten. Der ostdeutsche Neonazi, zeitweilig Mitglied der NPD (Mitgliedsnummer: 66950), wurde beschuldigt, für einen Bekannten aus der Wiesbadener Neonazi-Szene einen Auftragsmörder gesucht zu haben. Gegen Hinterlegung einer Kaution von 10.000 Mark wurde Hübner aus der Untersuchungshaft entlassen.

Das Spendenkonto der „Nationalen Initiative >Freiheit für Gottfried Küssel<“ hat Sven Schlechta aus dem bayrischen Schwabach eingerichtet. Dieser zeichnete auch schon presserechtlich verantwortlich für Propagandaflugblätter der HNG.

In dem Aufruf zur „Großkundgebung“ im März sucht man vergebens nach Michael Petri, dem einstigen Betreiber der Mainzer „Bundesgeschäftsstelle“ der „Nationalen Initiative >Freiheit für Gottfried Küssel<“. Petri, Gründer der im Juli 1993 ins Leben gerufenen Vereinigung „Deutsche Nationalisten“ (DN), in der sich zahlreiche Mitglieder der 1992 verbotenen „Deutschen Alternative“ (DA; Landesvorsitzender Rheinland-Pfalz: Petri) reorganisierten, soll sich mangels finanzieller Masse aus der Politik - zumindest vorläufig - zurückgezogen haben.

A.M.

USA: Einreiseverbot für japanische Massenverbrecher

„Das Festmahl des Teufels“

Der oberste französische Gerichtshof hat soeben entschieden, daß der frühere Haushaltsminister der Republik, Maurice Papon, wegen NS-Verbrechen angeklagt werden muß. Papon soll an der Deportation französischer Juden nach Auschwitz beteiligt gewesen sein. In Rom beginnt demnächst das Wiederaufnahmeverfahren gegen den ehemaligen SS-Führer Erich Priebke wegen der Teilnahme an einem Massaker an italienischen Zivilisten. In England ist soeben das Strafverfahren gegen einen baltischen Kollaborateur wegen Verhandlungsunfähigkeit eingestellt worden. Der SS-Freiwillige soll in Osteuropa Juden ermordet haben. Diese Strafverfahren zeigen, daß auch nach mehr als 50 Jahren in Europa Gerichte bemüht sind oder bemüht werden, jene blutige Zeit juristisch aufzuarbeiten.

Völlig anders dagegen die Lage in Japan. Der Verbündete des Nazistaates hatte erst kapituliert, nachdem Atombomben Hiroshima und Nagasaki in Schutt und Asche gelegt hatten. Das war im August 1945. Zu dieser Zeit wurde in Europa längst der Nürnberger Prozeß gegen Spitzenfunktionäre des NS-Staates vorbereitet. Am 3. Mai 1946 begann schließlich in Tokio vor einem alliierten Gericht das einzige Strafverfahren gegen 19 Militärs und neun Zivilisten, die zwischen 1928 und 1945 hohe Stellungen im Staat und in der Armee bekleidet hatten. Die Staatsanwaltschaft warf den Männern in 55 Anklagepunkten schwerste Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor. Es handelte sich u.a. um Massenvergewaltigungen, Massaker an amerikanischen, vietnamesischen, französischen und philippinischen Kriegsgefangenen sowie australischen Krankenschwestern. Während der Hauptverhandlung starben zwei Beschuldigte. Einer wurde für verhandlungsunfähig erklärt. Am 12. November ergingen die Urteile: siebenmal Todesstrafe, 16 mal lebenslang, zwei Zeitstrafen. Damit endete in Japan die juristische Aufarbeitung der Zeit des Faschismus und der Okkupation. Danach beschäftigte sich kaum jemand im Lande mit den Verbrechen der Landsleute. Im Gegenteil: Die hingerichteten Massennörder wurden bald als Nationalhelden verehrt.

Anfang der 80er Jahre erschienen in 22 Bänden die Akten des Tokioer Prozesses, was die Situation allerdings nicht im mindesten veränderte. Jetzt scheint sich eine Wende anzubahnen und zwar durch Druck von außen.

Das Justizministerium in Washington hat 16 Japaner zu unerwünschten Personen erklärt. Damit dürfen sie nicht in die USA einreisen. Die Liste soll in Kürze ergänzt werden, hieß es in der amerikanischen Hauptstadt. Den 16 Männern werden im wesentlichen zwei Vorwürfe gemacht: erstens Menschenversuche an Kriegsgefangenen und Zivilinternierten in China, zweitens Betrieb von Militärbordellen, in denen junge Frauen aus den von Japan besetzten Ländern zur Prostitution gezwungen wurden.

Grauenhafte „Forschungsstudien“

Verantwortlich für die Menschenversuche war die Einheit 731 der japanischen Kanto-Armee. Sie unterhielt in der seit 1931 besetzten Mandschurei Lager mit mindestens 3.000 Gefangenen. Sie wurde ähnlich wie in deutschen KZs gräßlichen „Versuchen“ unterworfen. Militärärzte infizierten die Männer mit Cholera, Pest und Typhus. Dann wurden sie in verschiedenen Krankheitsstadien ermordet, um den Verlauf der Leiden verfolgen zu können. Kälteversuche wie die SS u.a. in Dachau übten japanische Militärärzte in einem als „Wasserreinigungsversuchsanstalt“ getarnten Lager. Die Opfer wurden in Schnee und Eis tiefgefroren und anschließend so schnell aufgetaut, daß ihr Fleisch sich von den Knochen löste. Andere Gefangene wurden mit Schrapnellgeschossen verwundet. Dann beobachtete man, wie sich der Wundbrand entwickelte, der tödlich endete. Frauen wurden Syphilis-Versuchen unterzogen. Schwangere mußten ihr Baby gebären, um an ihm die Infektion zu überprüfen.

Wie die Süddeutsche Zeitung kürzlich berichtete, sind diese und andere japanische Verbrechen bereits in den achtziger Jahren von Sei'ichi Morimura enthüllt worden. Das Sachbuch „Festmahl des Teufels“ sowie eine Fortsetzung hatten Millionenauflagen erreicht. Ermittlungs- oder gar Strafverfahren der japanischen Justiz sind aber offenbar nicht eingeleitet worden. Kein Angehöriger der Spezialeinheit 731 wurde bisher zur Verantwortung gezogen. Jetzt sind sie vermutlich gestorben

oder nicht mehr verhandlungsfähig. Der Chef von 731, Generalleutnant Shiro Ishi, verwischte im August 1945 alle Spuren, um nichts in die Hände der vorrückenden Roten Armee fallen zu lassen. Er packte viele Ergebnisse der „Forschungsstudien“ ein, verließ die Mandschurei und ergab sich in Japan den US-Truppen. Ob Ishi hohen GI's seine Gewebeproben und andere „Mitbringsel“ angeboten hat oder ob sie ihn danach gefragt haben, ist belanglos. Die USA übernahmen jedenfalls die Ergebnisse der japanischen Greultaten und verzichteten dafür darauf, die Täter anzuklagen. Jetzt hat sich das Justizministerium und damit die US-Regierung von diesem „Vorgang“ zumindest distanziert, indem sie 16 Japaner nicht mehr ins Land läßt.

Heiner Lichtenstein

Gelungener PR-Streich der
Scientologen:

Sekte in den Schlagzeilen

Die Machart ist nicht neu, wird aber seit Jahrzehnten immer wieder gern und wirkungsvoll eingesetzt: Mit dem „Offenen Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl“ - unterzeichnet von Hollywood-Größen wie Dustin Hoffmann und Goldie Hawn oder Produzent Aaron Spelling ist der internationalen Scientology-Organisation mal wieder ein PR-Streich gelungen. Mit dem makaberen Vergleich zwischen der Juden-Verfolgung unter Hitler und den behördlichen Maßnahmen gegen die „verbrecherische Geldwäsche-Organisation“ (Bundesarbeitsminister Norbert Blüm) ist Scientology wieder ins Licht der Öffentlichkeit gerückt. Die Marketing-Strategen des Psycho-Konzerns haben ihr Ziel erreicht.

Bereits 1978 hatten Scientologen von „Pogromhetze“ und „unsittlich faschistischen Beschimpfungen“ gesprochen, ein Jahr später dokumentierten sie ihre angebliche Verfolgung in dem Heft „Holocaust bis 1984“. International verbreitete man 1993 die Broschüre „Hass und Propaganda“, in der die bundesdeutsche Medienberichterstattung mit der des Nazi-Kampfblasses „Stürmer“ gleichgesetzt

wurde. Im vergangenen Jahr schaltete Scientology dann ganzseitige Anzeigen in amerikanischen Tageszeitungen, in denen die Bundesrepublik mit dem Hitler-Reich verglichen wurde. „Wehret den Anfängen!“, so die Scientologen, die ein eigenes „Büro für Menschenrechte“ unterhalten.

Nun werden Geschmacklosigkeiten und Lügen nicht dadurch wahr, daß man sie ständig wiederholt. Aber Schlagzeilen - gleich welcher Art - sind Werbung, und Live-Gespräche im Fernsehen - insbesondere mit ahnungslosen Moderatoren - eignen sich hervorragend zur Selbstdarstellung. Das Konzept geht auf, die Anzeigen-Kosten haben sich rentiert.

Der „Offene Brief“ dient nicht nur der weltweiten Scientology-Organisation, sondern auch dem Umfeld zweier prominenter Hubbard-Anhänger: Tom Cruise (Ehefrau Nicole Kidmann ist ebenfalls Scientologin) und John Travolta, der samt Gattin Kelly Preston und Sohn Jett „Lifetime Member“ der „International Association of Scientologists“ (IAS) ist. Die Filme der beiden Stars („Mission: Impossible“ und „Phenomenon“) wurden in Deutschland mit Boykottaufrufen überzogen. Die Bundesrepublik gilt jedoch als einer der wichtigsten Märkte der Unterhaltungsbranche. Für die Image-Kampagne war es nicht nur wichtig, große Namen zu bekommen, sondern auch Juden. Denn kaum etwas läßt sich besser vermarkten, als ein Jude, der religiöse Verfolgung in Deutschland beklagt.

Doch es ging - wie immer bei Scientology - auch um Geld. Wie die Londoner „Times“ treffend analysierte, handelt es sich bei den meisten Unterzeichnern um Geschäftspartner der beiden Scientology-„Celebrities“. Agenten, Vertriebs- und Studiobosse, sonstige Partner. Warum sie unterzeichneten? „Kein Kommentar.“ Regisseur Constantin Costa-Gavras hat seine Unterschrift inzwischen zurückgezogen.

Nach dem gelungenen Coup dürfte die nächste PR-Aktion des Psycho-Konzerns nicht lange auf sich warten lassen. Einen Tag nach Veröffentlichung des „Offenen Briefes“ gab es in der „International Herald Tribune“ wieder eine großformatige Anzeige: Jazz-Pianist Chick Corea pries die Verdienste von Scientology. Die baden-württembergische Landesregierung hatte den Scientologen 1993 von einem Konzert wieder ausgeladen, weswegen auch er sich von Deutschland diskriminiert fühlt.

Torsten Borchers

ZEITSCHRIFTENSCHAU

Rechtsextremistische Periodika in 1997

„Europa Vorn“, 10.Jg., Nr.112/Januar 1997; Die im Eigenverlag von Manfred Rouhs, Köln, herausgebene Schrift „Europa Vorn“ (EV), betrachtet sich selbst als „deutsche Zeitschrift der europäischen Neuen Rechten“. Die Januar-Ausgabe wartet auf mit einem Bericht über ein Treffen in Straßburg vom vergangenen Dezember, an dem neben Vertretern des französischen Front National und des belgischen Vlaams Blok auch eine deutsche Delegation unter Führung des Ex-REP-Chefs und Ex-MdEP Franz Schönhuber, nebst den Ex-Europarlamentariern Harald Neubauer und Hans Schoddruch, teilgenommen hat. Beklagt wird dazu in einem Interview mit dem FN-Vorsitzenden Le Pen, daß es keine „geschlossene deutsche Rechte“ gibt. EV-Autor Schönhuber setzt noch eines drauf und lamentiert über den „törichten Abgrenzungsbazillus“, der die Zusammenarbeit der europäischen Rechten lähme. Der Führer der italienischen Alleanza Nazionale, Gianfranco Fini gilt nach Schönhuber daher als „Anpasser an den windigen Zeitgeist“ und die schroffe Ablehnung des österreichers Jörg Haider sei schon beleidigend. Hans Rustemeyer, ebenfalls Ex-„Republikaner“, rechnet mit der, nach seiner Ansicht, rechtskonservativen Schließer-Partei ab. Er plädiert für eine neue rechte Sammlungsbewegung mit allerdings besseren Köpfen, wobei ihm Alfred Mechttersheimer gut gefallen würde. Der rechte Vielschreiber Wolfgang Strauß versucht sich in Sachen Reinwaschung der Deutschen Wehrmacht, die begangenen Verbrechen werden von ihm ausschließlich Himmlers Truppen anlastet. Als Beleg für die Ehrenhaftigkeit der Wehrmacht dient ihm u.a. das dazu kürzlich im Herbig-Verlag erschiene Buch des Franzosen Philippe Masson, das sich sicherlich nicht durch objektive Geschichtsschreibung auszeichnet. Ein offener Brief, unterzeichnet vom „Franz-Schönhuber-Freundeskreis“, dem REP-Kreisverband Ilm-Kreis und dem „Nationalen Jugendforum Ilmenau, spricht sich für die Zusammenarbeit aller „nationalen Deutschen“ aus.

„Junge Freiheit“ (JF) - 12.Jg. Nr. 4,5/97; Dem so bezeichneten „Antifa-Business“ werden die Leviten gelesen, schließlich sei der rechte

Extremismus in der Bundesrepublik gar nicht existent (4/97). Der sich selbst als „nationaler Linker“ sehende Ex-Grüne Rolf Stolz beschwört im JF-Interview das Feindbild Islam. Jürgen Hatzebichler sorgt sich aufgrund des in Österreich bestehenden und in der Praxis auch angewendeten NS-Wiederbetätigungsgesetzes um das Wohl der Demokratie. Die deutsche Kampagne gegen die Scientology-Sekte dient nach Ansicht von Pankraz (alias Günter Zehm) lediglich als Vehikel für die allgemeine politische Ratlosigkeit, die „blindlings Aggressionen“ abführen müsse (4/97). An ein „tolitäres System“ erinnert JF-Autor Christian Pinter der Kanzlerwechsel in Österreich; eindeutig hätten die Roten die Macht im Staat und würden die Medien kontrollieren (5/97). Für den frischgewählten Marburger REP-Studentenvertreter Eike Erdel heißen die politischen Inhalte, dem ASTA das allgemeinpolitische Mandat aberkennen zu lassen und die Arbeit des ASTA anzugreifen, wie das Lesben- und Schwulen-Referat, das Anti-Atom- und das Internationalismusreferat etc.(5/97). Weiterhin dokumentiert die JF Positionen der REP und des BFB (Bund Freier Bürger) gegen die deutsch-tschechische Erklärung. Berichtet wird über einen Vortrag des Anti-Antifa-Strategen Hans-Helmuth Knütter in München über die Gefahren des Linksextremismus, der einen Seitenhieb auf die Bundestags-Vizepräsidentin Antje Vollmer ob deren „fragwürdiger Vergangenheit“ lanciert (5/97).

HINWEIS

- Frankfurt - Im Jüdischen Museum der Stadt Frankfurt/Main ist vom bis 15.Juni 1997 die Ausstellung „Und immer noch sehe ich ihre Gesichter - Photographien jüdischen Lebens in Polen aus der Zeit vor der Shoah“ zu besichtigen. Die dokumentarische Sammlung, bestehend aus Alltags- und Porträtfotos in Verbindung mit den jeweiligen Schicksalen, ist ein einzigartiges Kaleidoskop jüdischer Lebenswelten in Polen vor der Vernichtung.
- Die 1995 in Polen präsentierte Ausstellung wird jetzt in Frankfurt zum ersten Mal in der Bundesrepublik gezeigt; anschließend geht sie in die USA und nach Israel.

Jüdisches Museum der Stadt Frankfurt am Main, Untermainkai 14/15, 60311 Frankfurt.

BÜCHERSCHAU

Die Enkel des Duce

In keinem anderen europäischen Land als in Italien war seit Ende des Zweiten Weltkriegs in Form des „Movimento Sociale Italiano“ (MSI) ständig eine rechtsextremistische Partei im Parlament vertreten. 1995 gelang es dieser zwischenzeitlich modernisierten Partei sogar, in einer neuen Bündniskonstellation zeitweise der Regierung anzugehören.

Die damit verbundene historische und politische Entwicklung zeichnet Gerhard Feldbauer in seinem Buch „Von Mussolini bis Fini“ nach. Der Autor habilitierte sich 1981 in der DDR zum Thema „Italienischer Faschismus“ und veröffentlichte aktuelle Beiträge über Italien u.a. in der „Jungen Welt“, dem „Neuen Deutschland“ und den „Marxistischen Blättern“. Diese politische Sozialisation ist auch ab und an Feldbauers Darstellung des Rechtsextremismus in Italien anzumerken, wird dieser doch immer wieder gern pauschal als Instrument des Kapitals beschrieben.

Gleichwohl handelt es sich bei dem weniger wissenschaftlich und mehr journalistisch konzipierten Buch um eine informative Veröffentlichung zum Thema: Nach kurzen Darstellungen zum Faschismus unter Mussolini von 1919 - 1945 und der Entwicklung des italienischen Neofaschismus unmittelbar nach 1945 beschreibt Feldbauer den Weg des MSI und der anderen neofaschistischen Kräfte inner- und außerhalb der Partei. Danach folgen Kapitel, die den Neofaschismus in Zusammenhang mit einer CIA- und NATO-Spannungsstrategie bringen wollen, BND-Hilfe für die italienischen Neofaschisten behaupten, die Hintergründe am Mord an Aldo Moro thematisieren und die Zusammenhänge mit dem verschwörerischen Wirken der Geheimgesellschaft P 2 behandeln. Abschließend wird die aktuellere Entwicklung um Berlusconi und die „Forza Italia“ sowie der Weg vom MSI zur „Alleanza Nazionale“

(AN) beschrieben. Feldbauer betont in seiner Darstellung immer wieder die Kontinuität zwischen dem historischen Mussolinischen Faschismus und der gegenwärtigen AN-Politik und bemerkt hinsichtlich der Absichten des Parteivorsitzenden: „Das Ziel bleibt für Fini die große Rechtspartei auf faschistischen Grundlagen“ (S. 202).

Angesichts des Mangels an bisherigen deutschsprachigen Darstellungen zum italienischen Faschismus verdient die Darstellung aufgrund ihres Informationsgehalts Aufmerksamkeit. Allerdings ist auch in mehrfacher Hinsicht Kritik angebracht. Feldbauer belegt verschiedene Angaben nicht näher oder arbeitet mit einer zu dürftigen Quellenbasis. Hinzu kommt, daß er sich ab und an auch in gewagten Deutungen ergeht oder solche suggeriert. Dies fällt insbesondere im mittleren Teil auf, wo es um angebliche Kontakte und Verflechtungen der Neofaschisten mit wichtigen in- und ausländischen Institutionen geht. Bevor dererlei, häufig verschwörungstheoretisch anmutende, Behauptungen aufgestellt werden, sollten dafür auch schlüssige Beweise oder zumindest Indizien vorliegen. Kontakte von Einzelpersonen oder Interessenkontinuitäten in Einzelfällen können nicht pauschal zu konspirativem Wirken stilisiert werden.

Problematisch ist darüber hinaus auch die einseitige Hervorhebung der Kontinuität von Mussolini zu Fini. So wichtig es ist auf ideologische Gemeinsamkeiten oder Treuebekenntnisse zum „Duce“ zu verweisen, so darf doch nicht die Modernisierung des MSI bzw. der AN ignoriert werden. Diese muß aus der Partei keineswegs eine demokratische Kraft gemacht haben, aber mit der Ignoranz dem Wandel gegenüber läßt sich wohl kaum der Erfolg in der Öffentlichkeit und bei Wahlen erklären. Überhaupt ist Feldbauers Darstellung primär beschreibend angelegt und analytisch eher oberflächlich.

Armin Pfahl-Traugher

Gerhard Feldbauer, Von Mussolini bis Fini. Die extreme Rechte in Italien, Berlin 1996 (Elefanten Press), 223 S. 29,90 DM

BÜCHERSCHAU

Lügen enttarnt

Im Jahre 1976 formulierten in den USA eine Reihe von Philosophen und Wissenschaftlern eine öffentliche Stellungnahme gegen die seinerzeit erst verstärkt aufkommende Astrologie. Daraus entstand später das „Committee for the Scientific Investigation of Claims of the Paranormal“, eine Organisation die insbesondere mit ihrer Zeitschrift „Skeptical Inquirer“ wissenschaftliche Aufklärung über „paranormale“ Phänomene betrieb. Im deutschsprachigen Raum bildete sich eine ähnliche Gruppierung, die „Gesellschaft zur wissenschaftlichen Untersuchung von Parawissenschaften“ mit ihrer Publikation „Skeptiker“. Aus diesen Arbeitszusammenhängen entwickelte sich ein „moderner Skeptizismus“ dessen publizistischer Ausdruck das für 1997 erstmals erschienene „Skeptische Jahrbuch“ ist. Darin enthalten sind 15 Aufsätze unterschiedlichen Inhalts, Länge und Methode, wozu auch einige Beiträge zum Themenspektrum Rechtsextremismus gehören.

Zunächst geht es um die allgemeine Problematik der Geschichtsverfälschung, danach werden in einem ausführlichen Beitrag die Holocaust-Leugner und deren täuschende Argumentationen analysiert. Dem folgen vier Beiträge zur „Bell Curve“, einem US-amerikanischen Bestseller, der behauptet, die Unterschiede bei den IQ-Werten zwischen der schwarzen und weißen Bevölkerung gingen zu gewichtigen Teilen auf genetische Faktoren zurück. In den Texten werden Defizite und Fehler dieser rassistisch rezipierbaren Veröffentlichung benannt. Die übrigen Artikel widmen sich der Analyse der Satanismus-Hysterie, der Erzeugung falscher Erinnerungen, Facilitated Communication, den „Fluch“ der Pharaonen, Blütenstaub auf Jesus Grabtuch, Ursache für AIDS etc..

Allgemein kommt den Texten des Jahrbuchs das Verdienst zu, verbreitete Vorstellungen zu den verschiedensten gesellschaftlichen Aspekten einer kritischen Prüfung unterzogen und damit Skeptizismus im besten Sinne des Wortes betrieben zu haben. Das inhaltliche und methodische Vorgehen unterscheidet sich dabei verständlicherweise: Einige Artikel behandeln lediglich einen Teilaspekt der untersuchten fragwürdigen Behauptungen, wie z. B. zum „Fluch“ der Pharaonen, wobei lediglich mit der Liste des hohen Lebensalters von an der Graböffnung Beteiligter argumentiert wird. Andere Darstellungen versuchen demgegenüber ein umfassendes Bild zum Thema zu liefern wie etwa der Beitrag zu den Holocaust-Leugnern, der z. T. auch auf Interviews mit diesen aufbaut. Hier werden eine Reihe von typischen Fehlschlüssen genannt und an einem Fallbeispiel erläutert. (Der Aufsatz thematisiert allerdings nicht das pseudowissenschaftliche Vorgehen in Form des „Leuchter-Reports“ oder des „Rudolf-Gutachtens“). Die einzelnen Beiträge bleiben jedoch auf der Ebene des Nachweises falscher Behauptungen stehen. Sie fragen nicht nach den Gründen für diese, seien sie politisch motiviert wie bei den Holocaust-Leugnern oder das Ergebnis bestimmter psychologischer Bedürfnisse. Gerade weil sich die Anhänger fragwürdiger Behauptungen wie den thematisierten so wenig von sachlichen Argumenten beeindrucken lassen, müssen die eigentlichen Motive für sie stärker ins Visier genommen werden. Auch dies gehört zur Aufklärung.

Armin Pfahl-Traugber

Michael Shermer/Benno Maidhof-Christig/Lee Traynor (Hrsg.), Skeptisches Jahrbuch 1997. Rassismus, die Leugnung des Holocaust, AIDS ohne HIV und andere fragwürdige Behauptungen, Aschaffenburg 1996 (IBDK-Verlag), 309 S., 39,80 DM

IMPRESSUM

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.

Verlag:
Vorwärts Verlag GmbH
Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
Telefon (030) 2599 1641, Fax 2599 1654

Redaktionsleitung:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Winterstr. 35, 53177 Bonn
Telefon (0228) 9510416, Fax 314523

Satz und Lithos:
DAVIS BONN GmbH

Druck:
Braunschweig-Druck GmbH

Erscheint 14tägig, Bezug nur Abonnement
Preis DM 117,- jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten

Was sind „Parasiten“?

Der Ausspruch, „Asylparasiten sollten sofort ins Flugzeug gesteckt werden“, findet jetzt möglicherweise ein juristisches Nachspiel. Der Bezirksvorsitzende der CDU in Hamburg-Harburg, Andreas Kühn, äußerte diesen Satz im Oktober vergangenen Jahres nach einer Polizeirazzia auf einem Asylbewerber-Wohnschiff, bei der es zu Auseinandersetzungen zwischen Polizeibeamten und den dortigen Bewohnern kam. Ausgerechnet der inhaftierte NPD-Spitzenfunktionär Günter Deckert aus Weinheim wandte sich kürzlich diesbezüglich an die Staatsanwaltschaft, wie diese bestätigte. Er, Deckert, sei immerhin zu einer siebenmonatigen Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt worden, weil er in einem offenen Brief Juden das Lebensrecht in Deutschland abgesprochen habe. Deckert verbüßt derzeit eine mehrjährige Freiheitsstrafe wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß.

Innerhalb der CDU in Hamburg hatte Kühns Statement für Irritationen gesorgt. Kritik kam unter anderem von Hamburgs Fraktionschef Ole von Beust: „Ich halte nichts davon, Menschen mit Tieren zu vergleichen - auch aus geschichtlicher Erfahrung.“ Andere CDU-Vertreter, darunter auch Parteifreund und Verteidigungsminister Volker Rühe aus Hamburg, nahmen Kühn dagegen in Schutz: „Die Sache ist entscheidend und nicht die Formulierung“, so Thomas Schneider, der der CDU-Bezirksfraktion Hamburg vorsteht. Kühn entschuldigte sich inzwischen für seine Wortwahl.

H.F.

HINWEIS

Gedenkstätten- Seminare

In der Gedenkstätte Hadamar in Hessen findet am 21./22. Februar d.J. ein Seminar über „Euthanasie“ und andere historische Unwörter“ statt. Schwerpunktthemen der Veranstaltung sind der Gebrauch von Sprache im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus sowie die Verbrechen gegen die Menschlichkeit in der NS-Zeit. Anhand von Beispielen soll propagandistischer, verschleiender oder rechtfertigender Sprachgebrauch im Nationalsozialismus aufgedeckt und analysiert werden. Ebenso sollen Strategien für eine angemessene Sprachverwendung beim Sprechen oder Schreiben über den NS gefunden und entwickelt werden. Desweiteren wird es darum gehen, zu untersuchen, wie heute kranke, behinderte oder sozial benachteiligte Menschen durch Sprache ausgegrenzt oder diffamiert werden. Termin: Freitag, 21. Februar, 11 Uhr bis Samstag, 22. Februar, 15 Uhr, Gedenkstätte Hadamar, Mönchberg 8, 65589 Hadamar.

Um die „Goldhagendebatte und die Ärzteschaft“ wird es in einem weiteren Seminar gehen, das ebenfalls in der Gedenkstätte Hadamar am 1. März d.J. stattfindet. Vor dem Hintergrund der Thesen des Daniel J. Goldhagen soll hierbei insbesondere die Rolle der deutschen Ärzteschaft während der Nazi-Zeit diskutiert werden. Termin: Samstag, 1. März, 10 - 17 Uhr, Gedenkstätte Hadamar (s.o.). Info für beide Veranstaltungen: Gedenkstätte Hadamar, Tel. 06433-917-0, Fax -917-175.

Tagebuch

Amorbach (Kreis Miltenberg) - Im unterfränkischen Amorbach hob die Polizei Mitte Januar ein umfangreiches illegales Waffenlager aus. Die Polizeibeamten stellten zwei Maschinengewehre MG 42 aus dem zweiten Weltkrieg, drei israelische Maschinenpistolen, zwei Karabiner, mehrere Pistolen und Revolver, drei Flugabwehrgranaten, vier Handgranaten sowie umfangreiches Zubehör wie hochmoderne Laserzielgeräte und mehrere tausend Schuß Munition sicher. Daneben fanden die Ermittler rechtsextremistisches Schrifttum und Propagandamaterial, zwei Hakenkreuzfahnen, eine Reichskriegsflagge und weitere NS-Devotionalien.

Die Fahnder nahmen den 46jährigen Besitzer der Waffensammlung fest. Der Ermittlungsrichter erließ Haftbefehl. Nun ermittelt der Staatsschutz wegen mehrerer Verstöße gegen das Waffen- und Kriegswaffen-Kontrollgesetz. Den Namen des 46jährigen arbeitslosen Technikers gab die Polizei mit Lothar S. an. Er soll seit vier Jahren der rechts-extremistischen „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ angehören. Zum neonazistischen „Frankenrat“, so die zuständige Polizeibehörde, soll es hingehen keine Verbindungen geben.

Berlin/Schwerin - Die Berliner „Republikaner“ haben auf einem Landesparteitag ihren bisherigen Vorsitzenden Werner Müller mit 45 zu 24 Stimmen in seinem Amt bestätigt. Stellvertretende Ber-

liner Landesvorsitzende sind Sven Thomas Frank, Günter Reich und Jürgen Brey.

Mit eindeutigen Votum (eine Gegenstimme) hat der REP-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern den amtierenden Vorsitzenden Bernd Bernhard in seiner Funktion bestätigt; als Stellvertreter zur Seite stehen ihm Steffen Zedler (Neubrandenburg) und Christian Fuhrer (Zinnowitz).

Dietzenbach (Hessen) - Ihre Gründung gibt per Inserat in der „Jungen Freiheit“ die Nachwuchsorganisation der Brunner-Partei bekannt. Sie nennt sich fortan „Junge Freiheitliche im Bund Freier Bürger“ und ist über eine Anschrift und Telefon/Fax im hessischen Dietzenbach zu erreichen.

Düsseldorf - Das Oberverwaltungsgericht Münster hat entschieden, daß dem Düsseldorfer Universitäts-Oberarzt Dr. Erhard Hartung nicht fristlos gekündigt werden darf. Eine entsprechenden Entscheidung des Verwaltungsgerichts Düsseldorf vom Dezember 1994, das einer Kündigung Hartungs aufgrund dessen rechtsextremistischer Umtriebe zustimmte, hat das OVG damit abgelehnt. Die Universitätsleitung wollte dem Oberarzt kündigen, da er beschuldigt wurde, Mitte der 70er Jahre für die Zeitung der Nationaldemokratischen Partei Österreichs, die damals noch nicht verboten war, publiziert zu haben. Das OVG schenkte jetzt der Darstellung Hartungs, daß diese Artikel gefälscht waren, Glauben. In Italien war der „Südtiroler“ Erhard Hartung 1970 wegen Beteiligung an einem Terror-Anschlag zu lebenslänglicher Haft verurteilt worden.

Hamburg - Zur Bürgerschaftswahl am 21. September in Hamburg haben die DVU, die „Republikaner“, die NPD und die „Deutschen Konservativen“ ihre Kandidatur angemeldet.

Henstedt-Ulzburg - Die neonationalsozialistische „Volkstreue Informationsschrift“ (Eigenbezeichnung) „Perspektive“ aus Henstedt-Ulzburg bei Hamburg, die auch mit einer Homepage im INTERNET vertreten ist, berichtet über „schwere Konflikte innerhalb der nationalen Szene“ in der Bundesrepublik. Demnach sei der seit langem bestehende Konflikt zwischen „progressiven“ und „revolutionären“ Nazis am Anfang dieses neuen Jahres eskaliert. Während „progressive“ Neonazis sich zumindest nach außen hin von der NS-Zeit distanzieren und verstärkt soziale Problembereiche (z.B. Arbeitslosigkeit) thematisieren wollen, sehen „revolutionäre“ Neonazis in der NS-Vergangenheit den „Schlüssel zu dem Verständnis unser gegen-

wärtigen Probleme.“ Dazu die „Perspektive“ (die Macher sollen der per Postfach in Henstedt-Ulzburg kontaktierbaren „Patriotischen Jugend“, in der sich Mitglieder der verbotenen „Nationalen Liste“ von Christian Worch neu organisiert haben, angehören), die sich dem „revolutionären“ Neonationalsozialismus verpflichtet sieht: „Wer die Vergangenheit ausblendet, wird die Zukunft nicht positiv gestalten können.“

Hildesheim - Der Präsident des Landgerichts Hildesheim hat gegen den Amtsrichter Christian Stoll Strafanzeige wegen Beleidigung und übler Nachrede gestellt sowie ein dienstrechtliches Verfahren gegen diesen eingeleitet. Der Hildesheimer Amtsrichter Stoll hatte Parallelen zur Rolle eines Kollegen am Landgericht mit der von Juristen im Dritten Reich gezogen und die niedersächsische Justizministerin Heidi Alm-Merk als „eine der unfähigsten Justizministerinnen“ bezeichnet. Wegen rechtsextremer Äußerungen war Stoll in den vergangenen Jahren immer wieder in die öffentliche Kritik geraten, was eine Reihe von juristischen Schritten nach sich gezogen hatte.

Kamp-Lintfort (NRW) - Ein Anonymus namens „Zetan“ lüftet im Neonazi-Thule-Mailboxnetz die Pseudonyme des im Netz agierenden Unternehmers Helmut Goj (Goj Stahltechnik GmbH & Co. KG). Demnach soll dieser unter den Pseudonymen „Ansmar, Hego, Helios, Laura, Condor, Oswald, Wieland“ im Netz agieren (siehe BNR 20/96, S. 15). Goj, zeitweilig stellvertretender nordrhein-westfälischer Landesvorsitzender des „Bundes Freier Bürger“ (BFB) von Manfred Brunner, soll wegen seiner Teilnahme am Thule-Netz zwischenzeitlich vom BFB ausgeschlossen worden sein. Den BFB bezichtigt Goj - unter seinem Pseudonym Wieland - des „Rechtsextremismus“. Dazu der Neonazi „Zetan“: „Ich finde das verdammt erbärmlich. Als Dich der BFB noch nicht rausgeworfen hat, hattest Du mit dem >Rechtsextremismus< der Partei offenbar keine Probleme.“

Kassel - Der „Arbeitskreis Christlicher Publizisten“ (ACP; s. BNR 20/96) will am 8.3.1997 anlässlich des 70. Geburtstags seines Vorsitzenden Heinz Matthias zusammentreffen. Unter den erwarteten Teilnehmern befinden sich u.a. die einschlägig bekannten Professoren Konrad Löw und Lothar Bossle sowie der Kaiserssohn Otto von Habsburg (Paneuropa-Union). Nicht fehlen dabei darf auch der umtriebige Gerhard Löwenthal. Stattfinden soll das Treffen in den Räumen der Kirchengemeinde Baunatal-Altenbauna.

Kiel - An der Universität in Kiel regte sich Widerstand gegen Vortragsveranstaltungen des RCDS. Dieser hatte jetzt hintereinander Rüdiger Dorff, Bundesführer des rechtslastigen Freibundes, sowie den sächsischen Stasi-Beauftragten Siegmund Faust eingeladen. Dorff sprach über die „Bündische Jugend und Pfadfinderbewegung“, Faust referierte über die „DDR-Bürgerrechtsbewegung“. Er verfügt über einen „guten Draht“ zur Wochenzeitschrift „Junge Freiheit“. Unter seiner Verantwortung erhielt eine KZ-Aufseherin eine Entschädigung für ihre Haftzeit in der DDR. Fausts Arbeit bestand darin, Rechtsanwälte für Stasi-Opfer zu vermitteln. Daß eines dieser Opfer eine KZ-Aufseherin war, sei ihm nicht bekannt gewesen, erklärte Faust. Die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Ursula Kähler, schloß sich dem Protest gegen den RCDS an.

Lübeck - Zum Jahrestag der Brandkatastrophe in der Lübecker Asylbewerberunterkunft Hafenstraße sind in der Stadt des Marzipans Hakenkreuzschmierereien aufgetaucht. Diese „zierten“ die Eingangstür der St. Jürgens-Kapelle, die Fassade eines nahegelegenen Kindergartens sowie das Haus des nordelbischen Bischofs Karl-Ludwig Kohlwege. Dessen Frau wurde zudem telefonisch bedroht, man würde das Wohnhaus anzünden. Kohlwege und die nordelbische Kirche setzen sich für ein Bleiberecht der von dem Brand betroffenen Asylbewerber ein.

Mannheim - Die Staatsanwaltschaft Mannheim hat im Januar gegen den in Toronto lebenden Deutschkanadier Ernst Zündel wegen des Verdachts der Volksverhetzung ein erneutes Ermittlungsverfahren eingeleitet. Im Augenmerk der Staatsanwaltschaft sind insbesondere die Texte Zündels im Internet, in denen die Ermordung der Juden bestritten wird. Seit August 1995 bietet der führende Revisionist holocaustleugnendes Material via Internet feil. Andere in jüngster Vergangenheit gegen den 57jährigen Zündel eingeleiteten Ermittlungen seitens deutscher Behörden mußten wegen Zustellungsschwierigkeiten und der nur sechsmonatigen Verjährungsfrist größtenteils eingestellt werden.

Marburg - Bei den Wahlen an der Universität Marburg erzielte die neugegründete Studentenorganisation der „Republikaner“ ein Ergebnis von 3,7 Prozent und zwei Sitze im Studentenparlament. Ihre besten Stimmenanteile holten die REP-Nachwuchs-Akademiker im Fachbereich Rechtswissen-

schaften mit 9,5 und bei den Wirtschaftswissenschaftlern mit 8,8 Prozent.

München-Stuttgart - Unter dem Motto „Demonstration des nationalen Widerstandes gegen die antideutsche Schandausstellung >Verbrechen der Wehrmacht<“ will die NPD gemeinsam mit der JN am 1. März in München aufmarschieren (s. S. 4 f). Anschließend soll ein „großer Kameradschaftsabend“ mit Frank Rennicke stattfinden. Gegenüber den Medien besteht für die mitmarschierenden Kameraden „absolutes Interview- und Auskunftsverbot“ für die „gesamte Aktion“. Angekündigt sind Rechtsextremisten u.a. aus Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Brandenburg und Hamburg. Presse-rechtlich Verantwortlicher des Flugblattes, das auch im Thule-Mailboxnetz abrufbar ist, ist Stefan Hupka, einst Weggefährte von Michael Kühnen. Aktuelle Informationen zum Aufmarsch sollen demnächst dem „Nationalen Infotelefon Rheinland“ zu entnehmen sein. Als Literaturtip empfiehlt NPD/JN das Buch „Wider dem Mißbrauch der Geschichte deutscher Soldaten zu politischen Zwecken“ von Rüdiger Proske.

Neumünster - Am 22. Februar findet im niedersächsischen Helmstedt eine Klausurtagung des „Deutschen Kreuzordens“ (Sitz: Neumünster), der „Bruderschaft der Ritter vom Erzengel Michael“, statt. Schwerpunkt des Ordens ist der „Kampf“ gegen den Islam („Nur wer den Koran nicht kennt, wird davon reden, daß ein partnerschaftliches Nebeneinander zwischen Islam und Christentum möglich ist.“), der die Bundesrepublik „materiell und geistig“ unterwandern wolle. Den „Erzengel Michael“ hat sich der „Deutsche Kreuzorden“, der neue Mitstreiter per Anzeigen in der „Jungen Freiheit“ (JF) sucht, deshalb als Ideal vorangestellt, da dieser ein „kämpferisches Element in das friedfertige Christentum“ einbringe. Ordensgründer ist der JF-Leserbriefschreiber Dietmar von Seht. Der „Deutsche Kreuzorden“ gehört der „Deutschland-Bewegung“ des Alfred Mechttersheimer an.

Olpe (NRW) - Der Neonazi „Lutscher“ hat im Thule-Mailboxnetz die Einstellung seiner politischen Aktivitäten verkündet. Nach eigenem Bekunden sieht der im Netz bisher äußerst aggressiv und kompromißlos hetzende „Lutscher“ „in den derzeitigen Aktivitäten keinen Sinn und vor allem keinen Erfolg.“ Ebenso seien die „privaten Probleme (...) einfach zu groß“. Hinter dem Pseudonym „Lutscher“ verbirgt sich Andre Zimmermann (vgl. BNR 18/96), einst nordrhein-westfäli-

Adresse:

sches Landesvorstandsmitglied der zwischenzeitlich verbotenen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP). Zimmermann (23), führendes Mitglied der vom NRW-Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) als neonationalsozialistisch eingestuften „Sauerländer Aktionsfront“ (SAF), war einst auch Betreiber des „Nationalen Infotelefon Sauerland“. Im letzten Jahr gehörte Zimmermann dem „Führungstab“ des „Aktionskomitees Rudolf Heß '96“ an. Bis in die jüngste Zeit zeichnete Zimmermann, der auch auf der Mitglieder- u. Sympathiesantenliste der verbotenen „Nationalistischen Front“ (NF) aufgeführt ist, presserechtlich für die in Olpe ansässige Postfach-Truppe „Unabhängige Freiheitliche Vereinigung“ (UFV).

Schwarzenborn/Knüll - In seinem neuesten Rundschreiben kündigt der 67jährige Manfred Roeder an, auch 1997 seine rechtsextremistische Propaganda fortzusetzen. Zum einen will Roeder seine „95 Thesen zum Lutherjahr“ nach dem Auslaufen des Jubiläumsjahres (450. Todestag von Martin Luther) nun anlässlich des 500. Geburtstages des Reformators Philipp Melanchton weiter vertreiben. Eine Übersetzung ins Japanische organisierte der 69jährige deutsch-amerikanische Revisionist Hans Schmidt (vgl. BNR 2/96). Geplant ist außerdem, so Roeder in der neuesten Ausgabe seines periodisch erscheinenden Rundbriefes, den Text ins Russische zu übersetzen. Daneben möchte Roeder seine Agitation gegen die renommierte Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ fortführen, die er als „stalinistische Greuelpropaganda diffamiert. Wegen seines Auftritts im Erfurter Gewerkschaftshaus vom vergangenen Juni wird am 17. März vor dem Erfurter Landgericht gegen den rechtsextremen Juristen verhandelt. Roeder hatte zusammen mit seinem Gesinnungsfreund Hans Peter Siemes Photos und Texte beschmiert und wurde zu einer Geldstrafe in Höhe von 4.500 Mark verurteilt. Sowohl Staatsanwaltschaft wie auch Roeder hatten Berufung gegen das erstinstanzliche Urteil vom September 1996 eingelegt.

Stuttgart - Seit dem 14. Januar wird vor der Staatsschutzkammer des Stuttgarter Landgerichts gegen Edda und Hans Schmidt (58) aus dem württembergischen Bisingen (Zollernalbkreis) u.a. wegen Volksverhetzung verhandelt. Die 49jährige Edda Schmidt (geborene Biber) war bis 1987 Schriftführerin der 1994 verbotenen „Wiking-Jugend e.V.“. Seit 1976 erschien die Vierteljahresschrift „Wiking“, deren Schriftleitung zuletzt

Susanne Pfeiffer oblag. Anlaß für den Strafprozeß waren eine Hausdurchsuchung im September 1994 bei den Inhabern des neonazistischen Antiquariats Schmidt und eine Razzia beim Liederabend der braunen „Europaburschenschaft Arminia Zürich zu Heidelberg“ (EBA) am 20. Januar 1995 in der Universitätsstadt Heidelberg (vgl. BNR 6/95). Damals wurden NS-Literatur, Videofilme wie „Der ewige Jude“ und NS-Symbole wie NSDAP- und Hakenkreuzzeichen sichergestellt. Die weiteren Termine sind für den 4., 6., 17., 18. und 25. Februar 1997 jeweils um 9.15 Uhr im Landgericht Stuttgart angesetzt.

Stuttgart/Bremen - Die NPD hat auf ihrem Parteitag vom 7./8. Dezember vergangenen Jahres in der Nähe von Bremen ein neues Parteiprogramm verabschiedet. Nach einem Bericht der „Deutschen Stimme“ wird u.a. die Einführung der Todesstrafe für Sexual- und Kindermörder, ein Deutschland in „seinen historischen Grenzen“, das auch „das Land der Deutschen“ bleiben müsse, einhergehend mit dem Schutz der deutschen Familie und der Rückführung von Ausländern, gefordert. Bei den rund 250 Parteitagsdelegierten weilte u.a. auch der Ex-REP-Landeschef von Berlin, Prof. Klaus Weinschenk. Ein Grußwort entbot die spanische „Allianza Unidad Nacional“.

Wiesbaden/Frankfurt - Zu den Kommunalwahlen im Bundesland Hessen am 2. März d.J. wollen die „Republikaner“ nach eigenem Bekunden flächendeckend antreten. In Frankfurt rechnen sie gar mit einem „zweistelligen Ergebnis“. Die NPD tritt in mehreren Kreisen, Städten und Gemeinden an: zu den Kreistagswahlen im Lahn-Dill-Kreis, in Darmstadt-Dieburg, im Odenwald-Kreis und Waldeck-Frankenberg; zu den Stadtratswahlen in Frankfurt, Darmstadt, Leun, Bad Nauheim, Gelnhausen, Bad Hersfeld und Nidda. Ferner kandidiert die NPD zu den Gemeinderatswahlen am 2. März in Pohlheim/Hausen, Ehringshausen, Aßlar und ihrer Hochburg Wölfersheim. Dort konnte die NPD vor fünf Jahren über 17 Prozent der Stimmen einheimsen und mit sechs Vertretern ins Gemeindeparlament einziehen.